

Schulisches Corona-Maßnahmenpaket und besserer Infektionsschutz **Utl.: Kleinere Klassen und Gruppen, mehr Personal, FFP2-Masken, raschere Testungen**

„Selbst die massiv steigenden Infektionszahlen können scheinbar nicht bewirken, dass endlich auch in unseren Schulen effektivere Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona-Infektionen gesetzt werden“, zeigt sich der Vorsitzende der Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer Paul Kimberger verärgert.

Kimberger meint weiter: „In vielen gesellschaftlichen Bereichen wird auf die bedrohliche Situation reagiert, aber unsere Kinder und Jugendlichen sowie ihre Lehrerinnen und Lehrer sollen unverändert einem erhöhten Risiko ausgesetzt werden. Man begnügt sich damit festzustellen, dass im Falle eines weiteren Lockdowns die Schulen ohnehin geöffnet bleiben. Anstatt die vorhandenen Pläne endlich den konkreten Infektionslagen zuzuordnen (siehe beispielsweise auch die Empfehlungen des deutschen Robert-Koch-Instituts für Schulen), werden diese lediglich als Teil einer Orientierung dargestellt, bei der schulisch die Ampel weiterhin gelb scheint, obwohl zahlreiche Regionen in Österreich schon dunkelrot sind. Ohne genauen Blick auf die Infektionslagen – zu der natürlich auch Kinder und Jugendliche beitragen (was bisher ja immer wieder öffentlich in Abrede gestellt wird) – muss der Unterricht dann weitergeführt werden.“

Bei aller Unterstützung des Rechts auf Bildung brauchen diejenigen, die in Risikogebieten lehren und lernen, mehr Infektionsschutz als sich die Hände zu waschen und in den Klassen einmal pro Stunde zu lüften. „Was es wirklich für alle Schulbereiche braucht, sind kleinere Klassen und Gruppen (beispielsweise durch schulautonom angeordneten Schichtbetrieb), zusätzliches (Unterstützungs-)Personal, flächendeckende Ausstattung mit FFP2-Masken und eine raschere Testung und Auswertung bei Verdachtsfällen“, so die Forderung des Lehrgewerkschafters.

„Auch wir wollen, dass die Schulen offenbleiben und Unterricht weiter stattfindet – aber nicht, wenn dabei die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen mit ihren Familien und die der Lehrerinnen und Lehrer gefährdet wird“, meint Kimberger abschließend.

Rückfragehinweis:

Paul Kimberger, Vorsitzender der APS-Gewerkschaft und der ARGE Lehrer/innen in der GÖD
0664 44 54 295

paul.kimberger@goed.at

aps Gewerkschaft
Pflichtschullehrerinnen
und Pflichtschullehrer

